



# NEWSLETTER

## Energiepolitik

Ausgabe 1

15. Dezember 2022

## Umbau unseres Energiesystems – Wo stehen wir?

### Energiepolitische Zeitenwende

Im Januar 2022 stellte Bundeswirtschaftsminister Habeck das Kernvorhaben seiner Arbeit für die aktuelle Legislaturperiode vor: den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE). Dazu kündigte er ein umfangreiches Gesetzespaket an, das das Ziel hat, den Anteil der regenerativen Energien an der Stromproduktion zu steigern. Der Strom soll 2030 zu 80% aus erneuerbaren Quellen, also vor allem aus Wind und Sonne kommen. Dafür wurden konkrete Ausbauziele für Onshore Wind, Offshore Wind und PV Anlagen in der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG-Novelle) festgelegt. Demnach muss sich die Ausbaugeschwindigkeit fortan mindestens verdreifachen.

Diese Beschleunigung des Umbauprozesses, weg von fossilen hin zu grünen Energien, gibt es jedoch nicht zum Nulltarif. Neben administrativen Prozessen, die in den Behörden vereinfacht werden müssen, sind extrem hohe Investitionen notwendig. Agora Energiewende geht von einem Investitionsbedarf von jährlich 46 Mrd. Euro aus. Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) beziffert die Mehrkosten ähnlich und veranschlagt 415 Mrd. Euro bis 2030 (155 Mrd. für Strom- und H<sub>2</sub>-Netze; 63 Mrd. für Onshore; 40 Mrd. Offshore Wind; 67 Mrd. PV – auf Basis von Ausbauzielen, die mittlerweile um 50-100% angehoben wurden). Wir sprechen also

von einer umfassenden Transformation der gesamten Energieversorgung innerhalb weniger Jahre, die nur durch eine aktive Industriepolitik erfolgreich umgesetzt werden kann. Auf die Gestaltung dieses Umbauprozesses sollte sich fortan die Aufmerksamkeit der Energiepolitik konzentrieren.

### Der Krieg erhöht den Handlungsdruck

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Die daraus folgende Sanktionsspirale zwischen Putin und der EU trieb Energiepreise und Inflation in die Höhe. Millionen von Bürger\*innen droht akute Energiearmut. Für kleine und mittelständige Gewerbebetriebe und für die energieintensive Industrie spitzt sich die Situation zu.

Neben dem Ziel der beschleunigten Energiewende wurden nun Entlastungsmaßnahmen und Versorgungssicherheit politische Priorität. Hinzu kommt die geopolitische Dimension der Energiepolitik, denn nach schrittweisen Ausstieg aus russischer Kohle, Öl und Gas stellt sich die Frage nach neuen Lieferanten und damit neuen Abhängigkeiten. Eine zuverlässige Gasversorgung ist von besonderem Interesse, da der Rohstoff nicht nur für viele Industrie-prozesse unerlässlich ist, sondern auch einen Großteil der deutschen Wärmeversorgung sichert. Und schließlich sollten Gaskraftwerke in der Energiewende als Überbrückungsver-



sorger (Backup-Kapazitäten) für wind- und sonnenarme Tage aufgebaut werden. Neben dem schnellstmöglichen Übergang von fossilen auf Erneuerbare Energien war nun die politisch paradoxe Maxime, einen Teil der fossilen Energieversorgung zu sichern (und finanziell zu unterstützen), um grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse aufrecht zu erhalten. Diese ‚paradoxe Zweigleisigkeit‘ hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) konsequent verfolgt und parallel zur Unterstützung von Gasversorgern und zu Entlastungspaketen für Bürger\*innen weiter unbeirrt Gesetzespakete zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien erarbeitet.<sup>1</sup>

Das Klimaschutzsofortprogramm und die Anpassungen im EEG sollen den unzureichenden Ausbau und die mangelnde Marktdynamik in der EE-Branche korrigieren, um auf einen realistischen Pfad der im Klimaschutzgesetz verankerten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele zu kommen. Zahlreiche Gesetze wurden dafür – zum Teil grundlegend – überarbeitet (im sogenannten Oster- und Sommerpaket). Der Ausbau der Erneuerbaren Energien steht nun im ‚überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit‘ und wird in der Schutzgüterabwägung gegenüber anderen Flächen- und Raumbedarfen (Militär, Luftfahrt) priorisiert. Das ist nichts weniger als ein planungspolitischer Paradigmenwechsel.

Auch in der finanziellen Unterstützung von Bürger\*innen und (besonders energieintensiven) Unternehmen gehen die Maßnahmen der Bundesregierung sehr weit. Zunächst wurden – nicht zuletzt auf Betreiben der IG Metall - drei Entlastungspakete (März, April und September 2022) beschlossen. Sie unterstützten die Bürger\*innen unmittelbar. Parallel hat das Energiekostendämpfungsprogramm ad hoc Unternehmen unterstützt, die aufgrund der Energiekostenentwicklung in die Schieflage geraten sind. Später wurden Finanzhilfen zur Verfügung gestellt (Abwehrschirm über 200 Mrd. Euro) aus denen die Gas- und Strompreisbremse finanziert wird. Diese Hilfsmaßnahmen gehen weit über den Rahmen vergangener Kriseninstrumente hinaus. Sowohl Bürger\*innen als auch Industrie und Gewerbe sollen damit vor zu hohen Belastungen geschützt werden.

Seine Ideen über eine industriepolitische Strategie in Bezug auf die Energiewende hat Bundeswirtschaftsminister Habeck nach dem zweiten Produktionsgipfel, einem Treffen zwischen BMWK und EE-Verbänden, Ende November 2022 vorgestellt. Zur Überwindung der korrekt identifizierten Investitionshemmnisse in den Erneuerbaren Energien schlägt er folgendes Instrumenten-Set vor:

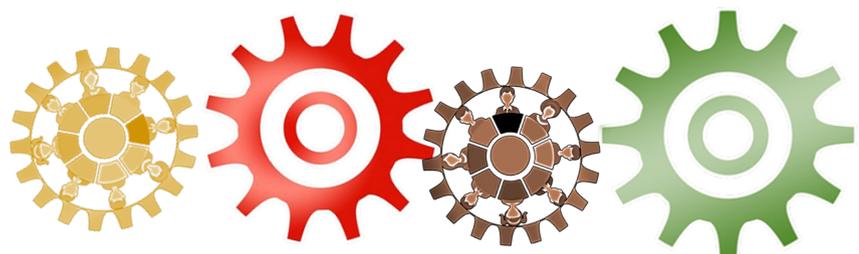
- ▶ Über ein Eigenkapital-Hybridinstrument soll privates Fremdkapital mobilisiert werden.
- ▶ Die politisch beschlossenen Beschleunigungen der Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten umgehend in den Behörden der Länder und Kommunen umgesetzt werden.
- ▶ Staatliche Förderung soll in Form der IPCEIs (Important Projects of Common European Interest) und einer neuen ‚Europäischen Plattform für Transformationstechnologien‘ geplant werden – ersteres für die Innovationsphase, zweiteres für die Hochlauf-/Skalierungsphase der Technologien.
- ▶ Ein Quorum für Nachhaltigkeit: Indirekte Local Content Regeln über etwa den CO<sub>2</sub>-Footprint sollen so Eingang in die öffentliche Vergabepraxis finden.
- ▶ Staatliche Produktions- und Abnahmegarantien sollen die Investitionsblockade überbrücken.

Hier finden sich Forderungen, die die IG Metall schon seit geraumer Zeit an die Politik trägt. Allerdings sind viele Fragen zur Konsistenz der einzelnen Maßnahmen offen.

### Einschätzung

Es ist zu begrüßen, dass die Regierung Versorgungs-, Entlastungs- und Dekarbonisierungsfragen gleichzeitig angeht. Die IG Metall unterstützt die Regierung in ihrem Vorhaben einer gelingenden Energiewende, die die Grundlage für eine zukunftsfähige Industrieproduktion und sichere Arbeitsplätze in Deutschland ist. Die Bedeutung des Ausbaus von Wind und PV als langfristige energie- und sicherheitspolitische Technologien, die unsere Energieversorgung nicht nur grün, sondern auch unabhängiger machen soll, wurde erkannt. Industriepolitisch geben uns die

<sup>1</sup> vgl. Überblick Gesetzesvorhaben des BMWK von Januar bis September 2022: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Meldung/2022/20220923-ueberblick-gesetzesvorhaben-bmwk-januar-bis-september-2022.html#Gesetze>



beschlossenen Gesetzesänderungen aber auch Anlass zur Kritik. In der Bundesregierung, der Energiewirtschaft und den zuständigen Verbänden ist man sich über hoch ambitionierte Ziele zum Aufbau der Branche einig. Der Hochlauf der entsprechenden Technologien der Energie- und Wärmewende (Batterien, Wasserstoff, Wärmepumpen etc.) wird industriepolitisch jedoch nicht ausreichend flankiert. Nach wie vor sind deutsche Unternehmen in Schlüsseltechnologien der Energiewende technologisch führend. Allerdings setzt der wettbewerbsrechtliche Rahmen von europaweiten Ausschreibungen die hiesigen Produktionsstandorte unter Druck. Das Ziel, die Energiewende zu einer Beschäftigungsoffensive zu machen und Technologieführerschaft in zukunftsfähige Arbeitsplätze zu übersetzen, wird auf diese Weise kaum zu erreichen sein.

Die Instrumente, die Wirtschaftsminister Habeck Ende November zur Förderung der Erneuerbaren Energien vorgestellt hat, sind zu begrüßen. Sein Vorschlag, neue IPCEI-Programme aufzusetzen, entspricht unserer Forderung. Mit diesem Instrument werden neue Technologien in einem gesamteuropäischen Wettbewerbsrahmen gefördert. Parallel soll mit der Europäischen Plattform für Transformationstechnologien bzw. ‚Clean Tech Europe‘ der Hochlauf von Energiewende-Technologien (Windkraft, PV, Elektrolyseure, Stromnetze und Wärmepumpen) adressiert werden. Im Rahmen der Plattform wird im Januar 2023 der nächste Produktionstreffen Erneuerbare Energien und der nächste Wärmepumpentreffen stattfinden. Danach werden kurzfristige Handlungsbedarfe identifiziert, bis zum Frühsommer soll Klarheit über regulatorische Engpässe für Investitionen in saubere Energietechnologien geschaffen werden. Bis Ende 2023 wird laut Plan der Investitionsbedarf erhoben und Möglichkeiten zur Prozessbeschleunigung geklärt.

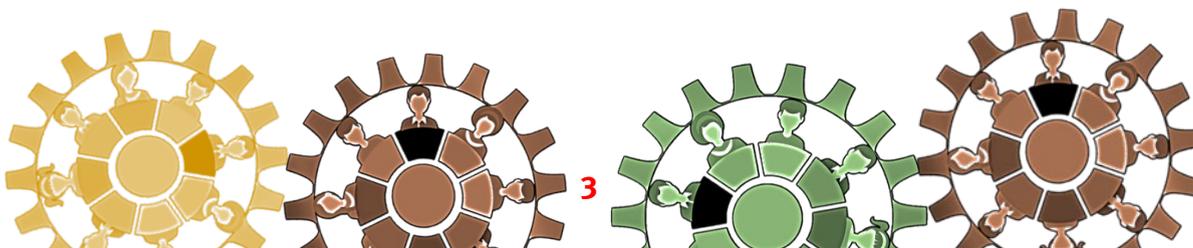
Das Zusammenwirken von IPCEI-Programmen und der Europäischen Plattform für Transformationstechnologien ist ein geeigneter Ansatzpunkt für eine industriepolitische Flankierung der Energiewende. Angesichts der Dringlichkeit, mit der die beschriebenen Probleme gelöst werden müssen, müssen Arbeitsprogramm, finanzielle Ausstattung und Förderkriterien schnellstens geklärt werden. Die Beteiligung der Gewerkschaften ist für ein Gelingen der beiden Formate eine Grundvoraussetzung.

Begrüßenswert ist auch die Idee von staatlichen Produktions- und Abnahmegarantien, um die Marktunsicherheit, die derzeit Investitionshemmnisse auslöst, zu überwinden. Diese Garantien müssen aber an Standort- und Beschäftigungsgarantien gebunden werden und betriebliche Mitbestimmung und Tarifstandards stärken und dort stützen, wo sie nicht vorhanden sind. Das gilt auch für IPCEIs und sonstige Förderprogramme. Bei der Neujustierung des desaströsen Unterbietungswettkampfs in den Ausschreibungsprozessen müssen arbeitspolitische Standards von vornherein eingebunden sein.

#### Wir fordern konkret:

- ▶ Ein **IPCEI-PV**, welches weiterentwickelt werden soll zu einem **IPCEI-Erneuerbare Energien**.
- ▶ Eine zügige Umsetzung der **Plattform für Transformationstechnologien unter Beteiligung der Gewerkschaften**.
- ▶ Die Entwicklung und Ausarbeitung von **Local-Content-Kriterien in der öffentlichen Förder- und Vergabepolitik** (Ansätze im WindaufSeeG (CO<sub>2</sub>-Footprint) weiterentwickeln und auf Onshore und PV übertragen).
- ▶ Staatliche **Produktions- und Abnahmegarantien** für Windkrafthersteller, um die Investitionshemmungen zu überwinden; diese müssen an Tariftreue, Mitbestimmungsstrukturen, Standort- und Beschäftigungsgarantien gebunden werden.

Klar wird, dass wir ein energie- und industriepolitisch integriertes Gesamtkonzept brauchen. Dieses Konzept muss klimapolitisch nachhaltige und sicherheitspolitisch resiliente Wertschöpfungs- und Lieferketten an eine strategische Entwicklung von Produktionsstandorten und entsprechende Qualifizierungsperspektiven anbinden. Die jetzige Industriepolitik weist hier noch einige Lücken auf. Ein Beispiel dafür ist die Fördersystematik im Erneuerbaren-Energien-Gesetz: Die marktorientierte Ausbaustrategie über die freie Marktprämie im Sinne der einfachen Kostenopti-



mierung erweist sich vor dem Hintergrund der nun aufscheinenden Krisen-Kombination aus Versorgungssicherheit, Klimakosten und Lieferengpässen als hoch problematisch. Die PV-Industrie ist vor Jahren bis auf einzelne Service-Standorte fast komplett abgewandert und Signale einer Widerkehr sind nur in Ansätzen (Meyer Burger) zu erkennen. Das muss im Fall der Windindustrie auf jeden Fall verhindert werden. Doch nach wie vor stecken Hersteller in einem ruinösen Unterbietungswettbewerb, der trotz beschlossener Ausbauziele Investitionen hemmt. Produktionskapazitäten werden in Deutschland, dem größten Abnehmermarkt in Europa, ab- und nicht selten außerhalb Europas aufgebaut – mit einer katastrophalen CO<sub>2</sub>-Bilanz. Trotz der Ankündigungen des Bundeswirtschaftsministers Habeck und der Neuaufstellung des BMWK ist eine kohärente Energie- und Industriepolitik, die dem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien und sicherer und zukunftsfähiger Beschäftigung gleichermaßen gerecht wird, nicht erkennbar. Angesichts der deutlich gewordenen Relevanz von resilienten Wertschöpfungsketten und der zeitlichen Dringlichkeit ist eine solche Politik dringend notwendig.

Wie Rohstoff- und die Industriepolitik unabhängig voneinander gedacht wird, zeigt auch das Beispiel der Energiepartnerschaften. Hier verhandelt das BMWK Verträge über den Bezug von Wasserstoff aus, ohne im gleichen Zug klare Umsetzungsschritte für den Aufbau einer eigenen Wasserstoffwirtschaft zu entwickeln. Es ist absolut zu begrüßen, dass die Bundesregierung sich am IPCEI-Wasserstoff beteiligt, allerdings reicht das nicht aus. Wenn einerseits Abkommen über die Lieferung von grünem Wasserstoff geschlossen werden, andererseits die deutschen Elektrolyseur-Hersteller abwandern, muss industriepolitisch nachgesteuert werden. Für den Umbau hin zu einer grünen Industrieproduktion in Deutschland braucht es beide Seiten – zuverlässige Lieferverträge und regionale Produktion in großem Maßstab.

Schließlich bestimmt die neue wettbewerbspolitische Situation den Rahmen, in dem der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden muss. Im Sommer 2022 hat US Präsident Biden mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ein Investitionsprogramm von 369 Mrd. Dollar angekündigt, in dem die Erneuerbaren Energien eine wesentliche Rolle spielen. Die Förderpolitik ist stark auf die Stärkung der

dortigen Wirtschaft ausgerichtet, Steuergutschriften sind an Produktionsanforderungen gekoppelt, die nationale Standorte bevorzugen. Derzeit werden die Gefahren eines Subventionswettlaufs diskutiert. Der französische Präsident Macron fordert einen ‚Buy European Act‘ und Anfang Dezember 2022 kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen an, das europäische Investitionsprogramm REPowerEU auszubauen und die Vorschriften für öffentliche Investitionen zu lockern. Eins ist klar: die wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen haben sich geändert und das muss Konsequenzen für die deutsche und europäische Industriepolitik und damit die politische Gestaltung des Erneuerbaren Energien Ausbaus haben.

### Schlussfolgerung

Die aktuelle Situation verdeutlicht, dass rein marktgetriebene Ausbaustrategien, die einseitig auf Kostenreduktion fokussieren, den Umbauprozess des Energiesystems in der geplanten Größenordnung nicht zuverlässig umsetzen können. Eine klare industriepolitische Perspektive ist gefragt, wenn es darum geht, Investitionssicherheiten für den Erneuerbaren Energien Ausbau zu bieten und erneut eine Marktdynamik zu entfachen, in der ein beschleunigter Produktionshochlauf der Energiewendetechnologien mit guten Arbeitsbedingungen einhergeht. Wirtschaftsminister Habeck hat erste Hinweise darauf gegeben, allerdings sind die Instrumente in ihrer genauen Ausgestaltung noch unklar. Handels- und wettbewerbsrechtlich muss die EU vor dem Hintergrund von Venture-Capital-Strategien Chinas und dem Inflation Reduction Act aus den USA eine neue Antwort auf die Frage von industrieller Wertschöpfung finden.

Die IG Metall fordert, dass die Bundesregierung in dieser wichtigen Frage Energie- und Industriepolitik zusammendenkt und ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung nicht nur in Bezug auf Rettungsmaßnahmen von Unternehmen und Bürger\*innen versteht, sondern zukunftsorientiert den Industriestandort Deutschland für die Erneuerbaren Branchen und ihre Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt. Ein erfolgreicher Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die Grundlage für eine grüne und resiliente Energieversorgung UND Beschäftigung der Zukunft.

### KONTAKT

Sarah Menacher  
FB Industrie-, Energie- und Strukturpolitik  
Telefon: +49 6693-2091, sarah.menacher@igmetall.de